

Umweltbundesamt | Postfach 1406 | 06813 Dessau-Roßlau

Hamburger Energietisch (HET) e.V.
Herrn Gilbert Siegel
c/o Liefke
Karolinenstr. 5a / Hinterhaus 8
20357 Hamburg
Email: info@hamburger-energietisch.de

Ihr Schreiben zur energetischen Verwertung von Buschholz aus Namibia

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Zusendung der umfangreichen Informationen zu Plänen, in Hamburg zukünftig durch Verbrennung von namibischem Buschholz statt Steinkohle Wärme und Strom bereit zu stellen. Herr Prof. Dr. Messner bat mich Ihnen zu antworten.

Der Kritik an den Plänen und den Schlussfolgerungen, die Sie aus den Berechnungen durch Herrn Professor Dr. Rabenstein ziehen, können wir uns weitgehend anschließen.

Das UBA beobachtet vergleichbare Maßnahmen und Pläne bundesweit seit Jahren kritisch und wir sind über ihre Zunahme in den letzten Jahren, insbesondere im Zuge von Fördermaßnahmen zur Wärmewende und zum Kohleausstieg, sehr besorgt. Im Hinblick auf die Nutzung von Bioenergie vertreten wir die Auffassung, dass im Sinne des Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutzes, nur biogene Rest- und Abfallstoffe zum Einsatz kommen sollten, die nachweislich keiner weiteren stofflichen oder chemischen Nutzung zugeführt werden können. Ein solcher Nachweis ist dabei oft nicht leicht zu führen und wird für Holzkontingente zu wenig eingefordert.

Für Holz aus Deutschland haben wir in unserer Studie „Verfügbarkeit und Nutzungsoptionen biogener Abfall- und Reststoffe im Energiesystem“ (BioRest) die energetischen Potenziale mit den aktuellen Einsatzmengen und -pfaden verglichen und sind zu dem Schluss gekommen, dass diese unter Voraussetzung des Kaskadenprinzips bereits um 140 PJ übernutzt sind. Für eine Ausweitung auch der energetischen Nutzung von Holz kommt importiertem Holz daher eine immer bedeutendere Rolle zu. Dabei müsste dieses Holz u.E. unter Bedingungen gewonnen werden, die mindestens dem Anspruch an Nachhaltigkeit genügen, der an die Bewirtschaftung

Dessau-Roßlau,

13. Juli 2021

Bearbeiter/in:

Jan Seven

Telefon:

+49(0)340 21 03-3098

Fax:

+49(0)340 21 04-3098

E-Mail:

jan.seven@uba.de

Geschäftszeichen:

90 075/0005#0236-0001

Umweltbundesamt

Wörlitzer Platz 1

06844 Dessau-Roßlau

Tel.: +49(0)340 21 03-0

Fax: +49(0)340 21 03-2285

www.uba.de

Dienstgebäude Bismarckplatz

Bismarckplatz 1

14193 Berlin

Dienstgebäude Corrensplatz

Corrensplatz 1

14195 Berlin

Dienstgebäude Marienfelde

Schichauweg 58

12307 Berlin

Dienstgebäude Bad Elster

Heinrich-Heine-Str. 12

08645 Bad Elster

Dienstgebäude Langen

Paul-Ehrlich-Str. 29

63225 Langen

deutscher Wälder gelegt wird. Dies allein EU-weit oder gar weltweit sicher zu stellen erscheint aus unserer Sicht derzeit aber nicht möglich.

Aus Sicht des Klimaschutzes stellt sich die Situation vielmehr so dar, dass für viele Herkünfte großer Mengen an Energieholz eine unter Voraussetzung zukünftiger Holzzuwächse angenommene Klima-Neutralität der Holzverbrennung unter dem gegebenen Zeitdruck zur Erreichung der Klimaziele nicht verlässlich angenommen werden kann. Klimabilanzen zum Landnutzungssektor einiger Länder zeigen vielmehr, dass weltweit Waldgebiete auch aufgrund nicht angepasster Nutzungsweisen von potenziellen Kohlenstoffsinken zu Quellen werden und die Entwaldung insgesamt weiter voranschreitet. Damit schwinden, unter Freisetzung immenser Mengen an THG-Emissionen, global auch die Grundlagen, auf der Annahmen und Rechnungen zur vermeintlichen CO₂-neutralen Nutzung von Biomasse aufbauen. Schon vor diesem Hintergrund ist Plänen, durch Substitution fossiler Brennstoffe mit Holz Klimaschutzmaßnahmen zu beabsichtigen, mit großer Zurückhaltung zu begegnen. Um als THG-neutral zu gelten, müssten solche Vorhaben zunächst deutlich machen, dass sie ausschließlich Biomasse nutzen, die **zusätzlich** zu einem plausiblen Referenzszenario gewonnen werden kann und das in verlässlich nachhaltiger Weise. Dies gilt prinzipiell auch für die Pläne in Hamburg und den Einsatz von Buschholz aus Namibia, auch wenn hier keine primär forstwirtschaftlichen Kriterien herangezogen werden können. Den verfügbaren und durch sie genannten Quellen ist zu entnehmen, dass für die durch Entbuschung angestrebte Landnutzungsänderung von de facto Buschland zu Weideland tatsächlich keine oder nur eine unvollständige Neutralisierung der Emissionen aus einer Verbrennung des Holzes angenommen werden kann. Vielmehr wäre möglicherweise eine auf Jahrzehnte hin reduzierte Menge an in der Landschaft gebundenem Kohlenstoff zu erwarten, sowie ggf. zusätzliche Emissionen aus der Tierhaltung, deren Ausweitung auf den neu- oder wiedergewonnenen Weideflächen ausdrücklich beabsichtigt ist.

Vor dem Hintergrund eines solchen Szenarios können wir unter Gesichtspunkten des Klimaschutzes keine positiven Effekte der für Hamburg geplanten Maßnahmen erkennen. Es besteht vielmehr das signifikante Risiko, alleine mittels derart langfristig geminderter Senkenleistung auf Landschaftsebene über Jahre hinweg eine kaum zu tilgende bilanzielle Kohlenstoffschuld anzuhäufen, die dem Klimaschutz insgesamt abträglich ist.

Ob und wie die beabsichtigten Maßnahmen die sozioökonomische Entwicklung für die Mehrheit der betroffenen Menschen in der Region positiv beeinflussen kann, ist für uns schwer zu beurteilen, erscheint aber voraussetzungsvoll. Ökologisch sehen wir deutliche Risiken von ggf. nicht sachgerecht durchgeführten, großflächigen Entbuschungsmaßnahmen,

wo insbesondere konstant hoher Nachfragedruck eine problemgerechte, den lokalen landschaftsökologischen Erfordernissen angepasste Ernteweise verhindert und/oder eine zwingend notwendige langfristige Pflege der Flächen (weiterhin) nicht erfolgt. Diese ökologischen Aspekte sind zudem auch entscheidend für die Plausibilität von Annahmen zur langfristigen Kohlenstoffbilanz der Flächen, sichern sie doch den vermuteten Wiederaufwuchs von Gras und gewünschten Gehölzen zum Ausgleich der initialen Kohlenstofffreisetzung ab.

Auf Grundlage der von Ihnen übersichtlich aufbereiteten Literatur- und Datengrundlagen kommen auch wir zu dem Schluss, dass das Vorhaben zur Verbrennung von Buschholz aus Namibia in Hamburg dem damit intendierten Klimaschutz nicht dient. Zudem unsicher erscheinen Ausprägung, Dimension und Dynamik verschiedener Aspekte der adressierten Problematik „Verbuschung“ und der dafür angenommenen ökologischen und sozialen Vorteile von Maßnahmen zur Ausdünnung des Buschlandes bzw. nachfolgenden Nutzung von Buschholz. In diesem Zusammenhang scheinen jahrelange Untersuchungen und wertvolle wissenschaftliche und technische Projektarbeit durch Organisationen in Namibia und die deutsche technische Zusammenarbeit zahlreiche wertvolle Ansätze skizziert und erprobt zu haben, von denen der hier besprochene Export von Buschholz zur Verbrennung nur einen darstellt. Daher scheint es uns vor dem Hintergrund der problematischen Klimabilanz dieses letztgenannten Nutzungspfades ratsam, einen diversifizierten Ansatz lokaler und regionaler Ressourcennutzungen zu priorisieren, der die lokale Wertschöpfung maximiert und flexibler auf unterschiedliche ökologische und sozioökonomische Rahmenbedingungen abgestimmt werden kann. Wo für ein Generationenprojekt wie den Erhalt einer diversen – und auch unter Bedingungen des Klimawandels intakten – Savannenlandschaft in Namibia weiter Unterstützung durch die deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit gewünscht wird, sollte diese den namibischen Partnern auch unabhängig von Wirtschaftlichkeitserwägungen zukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Jan Seven
(elektronisch gezeichnet)

Anlagen

Kommentiertes Gutachten „Verwertung von Buschholz aus Namibia in Hamburg - Auswirkungen auf das globale Klima“